

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD Sachsen hat am 25. Juni 2022 auf ihrer Vollversammlung einstimmig beschlossen:

## **Zukunft der Schule personell absichern!**

Auf Initiative der SPD konnte mit der letzten Schulgesetznovelle eine regelmäßige regionalisierte Schüler:innen- und Absolvent:innenprognose gesetzlich verankert werden. Im Oktober 2021 hat das Statistische Landesamt Sachsen die zweite Prognose vorgelegt. Demnach steigen die Schüler:innenzahlen im Freistaat Sachsen in den kommenden Jahren weiter an. Ab 2025 werden circa 420.000 Schüler:innen an allgemeinbildenden Schulen erwartet. Mit steigenden Schüler:innenzahlen geht ein steigender Lehrer:innenbedarf einher. Daher fordern wir:

1. Die Staatsregierung soll umgehend auf Basis der zweiten regionalisierten Schüler:innen- und Absolvent:innenprognose eine regionalisierte und fächerspezifische Lehrerbedarfsprognose vorlegen. Diese muss mit 100 % Grundbereich und 100 % Ergänzungsbereich planen, um perspektivisch genügend Lehrkräfte im Schulwesen zu haben. Nur so besteht ein Puffer, um auf kurzfristige Ausfälle reagieren zu können und Unterrichtsausfall zu vermeiden.
2. Auf Basis der aktualisierten Lehrerbedarfsprognose sind die Kapazitäten in der ersten und zweiten Phase der Lehrer:innenbildung anzupassen. Nur wenn ausreichend Studienplätze im Lehramt sowie Plätze im Referendariat zur Verfügung stehen, kann es gelingen die Bedarfe zu decken.
3. Die Stellenplanung muss auf Basis einer aktualisierten Lehrerbedarfsprognose erfolgen. Die 730 zusätzlichen Lehrer:innenstellen im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2023/24 werden den Bedarf nicht decken. Es ist erforderlich, mindestens 1.850 neue Lehrer:innenstellen zu veranschlagen. Zugleich sollten für die Gewinnung zusätzlichen Personals die finanziellen Budgetierungsverfahren beibehalten werden.
4. Die 453 Assistenzkräfte an Schulen sind zu entfristen und auf eigenen Stellen zu führen. Zudem sollten weitere Assistenzkräfte – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – hinzukommen. Nur so wird dauerhaft tragfähige Unterstützung etabliert und die Arbeit im multiprofessionellen Team möglich.
5. Das Landesprogramm Schulsozialarbeit muss fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Unser Ziel ist weiterhin: Vor jede Klasse ein:e Lehrer:in, um den Unterricht abzusichern. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, ist eine langfristige Bedarfsplanung ohne politische Abschlüge unerlässlich. Die Staatsregierung muss jetzt handeln und nicht die Fehler der 2010er wiederholen. Finanzminister Vorjohann muss endlich einlenken. Nur mit chancengleicher Bildung wird es eine Generationengerechtigkeit geben!